

**Abgeordnetenhaus von Berlin****Aktuelle Stunde: „50 Jahre nach dem 17. Juni 1953 - Berlin gedenkt der Ereignisse“****Antrag der SPD und der PDS****Berlin, 12. Juni 2003**Protokoll der Sitzung (Teil 4):**Beschlüsse des Abgeordnetenhauses: „50. Jahrestag des 17. Juni 1953“**

Das Abgeordnetenhaus gibt zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 folgende Erklärung ab:

Der 17. Juni 1953 war der erste Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich nach dem 2. Weltkrieg. Ihm folgten die Revolution in Ungarn (1956), der Prager Frühling in der Tschechoslowakei (1968) und die Solidarno\_c-Bewegung in Polen (1980-1981). Sie alle wurden gewaltsam niedergeschlagen.

Nach heutigen Erkenntnissen beteiligten sich am Aufstand in etwa 700 Städten und Gemeinden über 1 Million Menschen. Dabei kam es zu Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, zu Erstürmungen staatlicher und öffentlicher Gebäude. In den Tagen und Wochen danach wurden dreizehn- bis fünfzehntausend Personen verhaftet, mindestens 2.300 davon sind von sowjetischen und ostdeutschen Gerichten verurteilt worden. Sowjetische Standgerichte erschossen achtzehn Menschen, zwei wurden von ostdeutschen Gerichten zum Tode verurteilt. Zwischen sechzig und achtzig Demonstranten kamen auf den Straßen und Plätzen bei Demonstrationen oder Erstürmungen öffentlicher Gebäude ums Leben. Zehn bis fünfzehn SED-Funktionäre und Mitarbeiter der Polizei sowie Sicherheitsorgane der DDR fanden ebenfalls den Tod.

Entzündet hatte sich der Aufstand an den von der Regierung beschlossenen Normenerhöhungen. Die zentralen Forderungen der Demonstranten waren aber hochpolitisch und für die Verhältnisse in der DDR revolutionär:

- Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland,
- Aufhebung der Zonengrenzen und Friedensvertrag für ganz Deutschland,
- Freiheit für alle politischen Gefangenen.

In der DDR wurde der Aufstand des 17. Juni offiziell verleugnet. Er galt als „faschistischer Putsch“, der von westlichen Geheimdiensten langfristig organisiert und durchgeführt worden sei. Bis zum Ende der DDR war er für die Machthaber Inbegriff der Bedrohung durch das eigene Volk und damit Grund und Anlass, das „gefährliche“ Volk zu bespitzeln, einzuschüchtern und einzumauern.

In der Bevölkerung hinterließen die enttäuschte Freiheitshoffnung und der Schock, den die militärische Niederschlagung und die anschließenden Massenverhaftungen auslösten, tiefe Spuren. Sie waren so tief, dass selbst ein großer Teil der DDR-Opposition diesen Tag ignorierte.

Im Westen wurde der 17. Juni seit 1954 als Tag der deutschen Einheit begangen. Während in den ersten Jahren noch Hunderttausende des Tages gedachten, wurde er in den letzten Jahren

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

überwiegend als willkommener Urlaubstag denn als Gedenktag genutzt.

50 Jahre später kennen wir die Lehren der Geschichte. Das Vermächtnis des 17. Juni hat sich am 9. Oktober 1989 erfüllt, als in Leipzig in der entscheidenden Phase der „friedlichen Revolution“ der Mut der Demonstranten größer war als die Angst vor der Staatsgewalt und sie zu Zehntausenden auf die Straße gingen. Diesem 9. Oktober folgte dann der 9. November 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin verneigen sich vor den Opfern des niedergeschlagenen Aufstandes vom 17. Juni 1953. Wir gedenken derer, die schon früh Mut und Zivilcourage bewiesen haben und mit ihren Protesten und Demonstrationen Demokratie wagen wollten.

Mit Respekt blicken wir zurück auf die Entschlossenheit der Demonstranten, sich gegen die Macht von SED, Staat und Besatzungstruppen zu erheben und für Freiheit, Demokratie und soziale Rechte einzutreten.

Die Aufständischen von damals haben den Boden bereitet für die Proteste, die zur Öffnung des Ostblocks geführt haben. Was 1953 begonnen wurde, ist 1989 zu einem guten und friedlichen, zu einem demokratischen Ende geführt worden.

*[Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode, 32. Sitzung vom 12. Juni 2003, S. 2540, Anlage 3: Antrag der Grünen, der SPD, der PDS, der FDP und der CDU, Drs. 15/1766.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---